

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 15 (1935-1936)
Heft: 10

Artikel: Der Parteitag der Wehrkredite
Autor: Nobs, Ernst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-332469>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

15. JAHRGANG -- JUNI 1936 -- HEFT 10

Der Parteitag der Wehrkredite

Von Ernst Nobs

Der Parteitag vom 6. und 7. Juni 1936 wird, nach den Beschlüssen des Parteivorstandes vom 16. Mai zu schließen, zum *Parteitag der Wehrkredite* werden. Mit dieser Kennzeichnung soll die Bedeutung der übrigen Traktanden keineswegs herabgesetzt werden, da der Parteivorstand aber, einem mit vielen Unterschriften bedeckten Antrag Arthur Schmidts folgend, die ausdrückliche und durch keine Bedingungen verklausulierte Annahme der neuen Wehrkredite in der Höhe von rund einer Viertelmilliarde Franken mit der überraschenden Mehrheit von 39 gegen 14 Stimmen beschlossen hat, so kann die Beschlußfassung des kommenden Parteitags nicht mehr in Frage stehen. Sie wird zu den politischen Tatsachen ersten Ranges zu rechnen sein. Erst unlängst hat Helveticus in der überaus lesenswerten Schrift »Siegreiche Demokratie« die Wendung der schweizerischen Arbeiterschaft in der Frage der Landesverteidigung als »das wichtigste staatspolitische Ereignis in der Geschichte der Eidgenossenschaft seit dem Weltkrieg« bezeichnet. Die Neuorientierung, die durch den Luzerner Parteitag 1935 eingeleitet worden ist, wird ihre abschließende und alle Zweideutigkeit vermeidende Formulierung erst durch den Parteitag von Zürich erhalten.

Es gibt dabei sicher viele gute, überzeugte Parteigenossen, die — auch wenn sie, obgleich zögernd, sich der Zustimmung nicht enthalten — finden, die Partei habe dabei seit Zimmerwald-Kienthal, also im Zeitraum zweier Jahrzehnte, einen Frontwechsel um 180 Grad vollzogen. Ich bin da ganz anderer Meinung: *Zimmerwald und Kienthal, inmitten des Weltkriegs, haben unter ganz anderen Voraussetzungen getagt und Beschlüsse gefaßt!* Jene Beschlüsse sahen die grundlegenden Aenderungen der weltpolitischen und insbesondere der europäischen Situation nicht voraus, die seither eingetreten sind. Zimmerwald-Kienthal verfolgte das unmittelbare Ziel, alle sozialistischen Parteien zu einem gleichgerichteten Kampf für die sofortige Beendigung des imperialistischen Weltkrieges zu vereinigen. Daher die Parolen: *Bewilligt keine Militärkredite! Schluß mit der imperialistischen Burgfriedens- und Durchhaltepolitik!*

Faschismus und Nationalsozialismus haben die staatspolitisch-demokratische Entwicklung um anderthalb Jahrhunderte zurückgeworfen. *Diese Reaktion bedroht heute die Demokratie und die sozialistische Bewegung der ganzen Welt mit Vernichtung.* Sie richtet sich nicht zuletzt gegen Sowjetrußland. Alle kriegerische Aggression geht von den Staaten aus, welche die faschistische Konterrevolution durchgemacht haben oder — wie Deutschland — noch in ihren Fiebern liegen. Diese Aggression richtet ihre Spitze in erster Linie gegen das Bündnis Frankreich-Rußland und seine Affilierten im Westen und Osten. Der zu einem unvorstellbaren Grad fanatischer Verblendung übersteigerte Nationalismus der faschistischen Staaten bedroht auch die kleinen Demokratien, die drei skandinavischen Länder, dann Holland und Belgien, die Schweiz und die Tschechoslowakei, mit der Gefahr der Vernichtung. Im Bereiche der Diktaturen des Faschismus und Nationalsozialismus, ihrer Führerideologien und Machtanbetung bleibt, wie die jüngste Erfahrung lehrt, kein Raum für die Heiligkeit der Verträge und keine Daseinsberechtigung für die Staatsordnungen der Demokratie, der staatsbürgerlichen Freiheiten und der gesetzmäßigen sozialpolitischen Entwicklung. Der abessinische Krieg, der Bruch des Locarno-Vertrages und der Einmarsch in die Rheinlandzone haben mit überraschender Deutlichkeit gezeigt, wessen Europa sich zu versehen hat. Die neuen Militärkredite, die der schweizerische Bundesrat in einer bisher noch nie dagewesenen Höhe fordert, sind von der Sorge eingegeben, daß die Schweiz, inmitten eines phantastischen Wettrüstens, nur dann auf die Respektierung ihrer Neutralität und auf Kriegsverschonung rechnen kann, wenn ihre eigene Rüstung, zusammen mit der topographischen Besonderheit des Landes, *zu einem Faktor wird, der im militärischen Kalkül der Großmächte nicht übersehen werden kann.* Die nationalistische Ideologie des Faschismus und Nationalsozialismus bedroht im Falle eines neuen mitteleuropäischen Krieges das schweizerische Dreivölkerstätlein mit Aufteilung, mögen auch bis anhin noch so viele freundschaftlich-diplomatische Zusicherungen gegenteiliger Art bei Herrn Motta eingegangen sein. *Das schweizerische Bürgertum befürchtet die Zerreißung der Schweiz und es fürchtet den Krieg.* Beide Befürchtungen teilt auch die Arbeiterschaft, und außerdem hat sie Ursache, den Faschismus zu fürchten, der zwar manchen schweizerischen »Patrioten« nicht ungelegen käme, da sie in ihm die einzige Rettung vor einem künftigen Ueberhandnehmen des demokratischen Sozialismus oder — um es gegengleich zu sagen — der sozialistischen Demokratie erblicken. In diesem Schnittpunkte also, der Furcht vor dem Krieg und der Furcht vor dem Zerrissenwerden des Schweizerlandes und dem Ende seiner staatlichen Selbständigkeit, treffen sich die Gedankengänge und Interessen aller Schweizer. Darum auch zeigt die Schweiz im heutigen Zeitpunkt wieder, trotz aller Unterschiede der Klassen und ihrer wirtschaftspolitischen Bestrebungen, diese Geschlossenheit in der Abwehr gegen nationalstaatliche Zertrümmerung und Auflösung, eine Geschlossenheit, wie sie in den mittelalterlichen Tagen der Abwehr gegen Habs-

burg und im 19. Jahrhundert in den Verwicklungen des Neuenburger Handels nicht vollkommener anzutreffen war. Dabei handelt es sich bei dieser Einstellung der schweizerischen Arbeiter nicht um eine in Europa vereinzelt dastehende Erscheinung: *die sozialistischen Parteien aller demokratischen Kleinstaaten haben in dieser gleichen Epoche die gleiche Evolution durchgemacht; sie stimmen in Belgien so gut wie in den skandinavischen Halbinseln der Stärkung der militärischen Abwehr zu.* Nur ein Tor kann übersehen, daß in den west- und nordeuropäischen Ländern, die noch nicht faschistisch sind und in denen ohne Ausnahme die sozialistischen Parteien eine sehr maßgebliche Bedeutung erlangt haben (in Frankreich, Dänemark, Norwegen und Schweden stellen sie die größte Zahl der Minister, und in Belgien haben sie ein gewichtiges Wort in der Regierung mitzusprechen), die Landesverteidigung in hohem Maß von der Politik unserer Bruderparteien abhängt. *Diese Länder sind ausnahmslos irgendwie vom Nationalsozialismus bedroht. Und es sollte nun gar radikale, sozialistische, sollte marxistische Grundsatzpolitik sein, diese Länder zu entwaffnen!* Welche tolle Dogmatik erlaubt es den Sozialisten und Kommunisten eines Staates, wie Frankreich, dem vom Dritten Reich die größte Gefahr droht, mit allem Nachdruck die Landesverteidigung zu fördern, verbietet ein Gleiches aber der Schweiz, deren Neutralität auf alle Fälle Frankreichs Flanke deckt! Daß unsere Kommunisten es sich leisten, in Frankreich eine andere Militärpolitik zu betreiben als in der Schweiz, gehört zu den Kapriolen, über die sich niemand wundert.

Freilich, wir haben in der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz eine Minderheit, welche die Zustimmung zum Wehrkredit für einen Fehler hält. Es ist aber sogleich hinzuzufügen, daß der Widerspruch dieser Minderheit weniger den Militärkrediten als dem angeblichen Preisgeben der oppositionellen Haltung der Sozialdemokratischen Partei gilt. Im Grunde wünscht wohl auch die Minderheit, soweit es sich nicht um Antimilitaristen aus religiösen Gründen handelt, gar nicht, daß die Viertelmilliarde Rüstungskredite verworfen werde. Die Minderheit meint vielmehr, diese Kredite würden auch ohne unsere Zustimmung beschlossen, und es läge daher besser in der Linie oppositioneller Politik, sie abzulehnen, als — wie gesagt worden ist — durch die Zustimmung dem Bundesrat eine Vertrauenskundgebung vor die Füße zu legen.

Eine solche Auffassung oppositioneller Politik begibt sich der Grundlage der Sachlichkeit. In der Demokratie, wo ein Großteil der Entscheide bis vor die letzte Instanz, das souveräne Volk, kommt, haben wir noch nie unsere Politik darauf eingestellt, alle Vorlagen, Kredite, Erlasse eidgenössischer, kantonaler oder gemeindlicher Vollziehungsbehörden rundweg zu verwerfen, um unverminderte, radikale Gegnerschaft gegen eine regierende Mehrheit zu markieren. Solche Oppositionspolitik würde sich wahrlich bald um jeden Einfluß und Anhang im Volke bringen! Wir entscheiden nach sachlichen Gesichtspunkten. *Wir nehmen an und verwerfen, je nachdem ein Begehren*

dem Volkswohl entspricht oder zuwidergeht. Diese sichere Grundlage sozialdemokratischer Politik geben wir nicht preis. Wir tun es auch dann nicht, wenn zum Beispiel die steuerliche Aufbringung der Wehrkredite nicht unseren Anforderungen entsprechen sollte. Der Bundesrat ist zwar in seiner ersten Ankündigung der Wehrkredite von dem richtigen Gedanken ausgegangen, daß es sich um ein Wehropfer des Besitzes handeln müsse. Wir werden eine sozial ungerechtfertigte Beschaffung der Mittel in Presse und Parlament bekämpfen und in der Volksabstimmung gegebenenfalls verwerfen. Das ist die Linie einer sachlichen Politik. Aber wir verwerfen nicht den neuen Militärkredit, da wir diese Verstärkung der Landesverteidigung aus sachlichen Gründen für notwendig und unerläßlich halten.

Es ist richtig, daß die sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission des Nationalrates, welche über die Rüstungskredite Antrag zu stellen hat, Anträge wirtschaftlicher Natur, vor allem die Erhöhung des Kredites auf 500 Millionen zur Anhandnahme wirksamerer Krisenbekämpfung durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aller Art und insbesondere auch die Ausschaltung von Uebergewinnen der inländischen Rüstungsindustrie, eingebracht haben, aber derartige Forderungen rechtfertigen sich gerade auch aus Gründen der Landesverteidigung. Es ist im Umzug der letzten Maifeier in Zürich ein großes Plakat getragen worden, das jenen, die noch nie arbeitslos gewesen sind und darum nicht wissen, was es heißt, jahrelang arbeitslos zu sein, die Wahrheit zu Gemüte führte, daß man mit ausgehungerten und verelendeten Arbeitslosen kein Land erfolgreich verteidigen kann.

Gewiß, wir haben eine Reihe Forderungen gestellt, *aber wir haben diese nicht zu Bedingungen gemacht.* Dem Bundesrat, der morgen die Wiedereinführung des staatlichen Getreidemonopols beantragen wollte, antworten wir auch nicht: wir stimmen zu, unter der Bedingung, daß auch die Einfuhr von Kohle und Metallen verstaatlicht wird, trotzdem wir diese für ebenso wünschenswert und nützlich halten wie die Verstaatlichung der Getreideeinfuhr. Jene Genossen, die da beantragen, wir müßten zu den Wehrkrediten Bedingungen stellen, wissen zum vornherein, daß diese nicht angenommen werden. Sie sehen auch keine Möglichkeit voraus, die in Form von Bedingungen formulierten Postulate sofort zu verwirklichen. Es geht ihnen nur darum, die Weichen so zu stellen, daß Fraktion und Partei die Kredite verwerfen müßten. Diese konservative Politik übersieht, daß die Parolen, die gestern richtig waren, es heute nicht mehr sein müssen. *Eine sozialistische Grundsätzlichkeit, die nicht erlaubt, Taktik und Strategie den sich ändernden Verhältnissen anzupassen, muß zu den folgenschwersten Niederlagen führen.*

Bei aller Diskussion der wirtschaftspolitischen Postulate wird man nicht außer acht lassen, daß ein Wehrkredit von über zweihundert Millionen Franken sich in hohem Maße in Arbeitslöhne umsetzt und damit in der Zeit der Krise dem Arbeitsmarkte sehr zustatten kommt.

Von einem Redner der Minderheit ist in der Sitzung unseres schweizerischen Parteivorstandes betont worden, daß gerade auch in der

jetzigen Krisenzeit in weiten Teilen unseres notleidenden Volkes, insbesondere aber auch in den kleinbäuerlichen Schichten, die Ablehnung so hoher Rüstungskredite ein nachhaltig starkes Echo finden würde. Mit Recht wurde auf die Besonderheit jener Tatsache abgestellt, daß anlässlich der Volksabstimmung über die Verlängerung der Rekrutenschulen im März 1935 die industriellen Kantone viel besser gestimmt haben als die agrikolen und daß insbesondere manche Domänen der katholischkonservativen Politik verworfen haben.

Ich weiß nicht, welche Ermutigung der radikale Antimilitarismus für seine Ziele aus dem Umstand erwartet, daß schweizerische Kleinbauern und Kleinbürger in der Ausweglosigkeit ihrer Krisennot und ihrer politischen Desorientierung wirklich eines Tages so weit sein sollten, das Land kampflos dem faschistischen Eroberer zu überlassen! *Jedenfalls aber ist es keine sozialistische Politik, derartigen Entwicklungen irgendwie Vorschub zu leisten!* Mehr als je bin ich davon überzeugt, daß das demokratische Schweizervolk die Versklavung der europäischen Völker unter Führerdiktaturen für ein großes Unglück hält und daß es sich mit allen Mitteln dagegen zur Wehr setzen würde, seine Rechte und seine staatliche Unabhängigkeit sich rauben zu lassen. Das werden auch noch die erfahren, die heute schon nur zu sehr Volksentscheide ausschalten, weil sie sie nicht zu respektieren wünschen.

Es wird behauptet, die Armee sei faschistisch verseucht und darum als solche ein Organ des Antisozialismus. Die Schwäche des schweizerischen Faschismus hat sich in den letzten Nationalratswahlen offenbart. *Auch nicht ein Prozent des Schweizervolkes ist faschistisch gesinnt!* Das zeigt am besten, daß auch kein wesentlicher Prozentsatz der Offiziere es sein kann. Die politischen Verirrungen des Obersten Sonderegger und die deplacierten Deutschlandreisen des Obersten Wille dürfen nicht Anlaß geben zu unzulässigen Verallgemeinerungen. Das sei festgestellt, wenn auch anderseits nicht in Frage steht, daß der Großteil des Offizierskorps keineswegs sozialistisch denkt. Das Problem, das hier gestellt ist, lösen wir aber am allerwenigsten dadurch, daß wir die Obsorge für die Landesverteidigung ändern überlassen. In der Aera der Aristokratie war das Offizierskorps aristokratisch. Als die Aristokratie unterging und der bürgerlichen Welt das Feld räumen mußte, ward das Offizierskorps bürgerlich. In einem sozialistischen Staate würde das Offizierskorps sozialistisch sein, sofern dannzumal aus irgendwelchen Gründen der Außen- oder Innenpolitik eine militärische Organisation noch aufrechterhalten werden müßte.

Das Ziel aber der vollständigen und endgültigen Ueberwindung des Militarismus und aller Kriegsbarbarei können wir als Sozialdemokraten niemals preisgeben. *Die besten Regungen der menschlichen Seele, unsere menscheitsbrüderliche Gesinnung, unser sozialistischer Wille streben alle einer Völkerorganisation, einem neuen Völkerbunde zu, der den Frieden und das Recht der Völker zu sichern vermag. Wir wüßten kein Menschheitsziel, das wir inbrünstiger ersehnten, als die radikalste Abrüstung und die endgültige Ueberwindung der Barbarei*

des Krieges! Diese Gesinnung und Hoffnung, die in der schweizerischen Dichtung der letzten fünfzig Jahre ein nicht minder starkes Echo gefunden haben als in der Dichtung irgendeines anderen Kulturvolkes, teilen mit uns Sozialisten zahlreiche Menschen anderer Parteien. Bei der Besichtigung der nationalrätlichen Kommission auf der Thuner Allmend, wo die neuesten Kriegsmaschinen vorgeführt worden sind, fiel mir auf, wie, vom Eindruck des Gesehenen überwältigt, manch ein bürgerliches Mitglied der Kommission dem tiefempfundenen Bedauern darüber Ausdruck gab, daß solch gewaltiger Aufwand in allen Ländern dem Ziele dienen müsse, Menschenleben und Menschenglück zu zerstören. Die schweizerische Anstrengung hat vielleicht diese eine Chance, gerade dadurch ihre Grenzen dem Kriegsverbrechen zu verschließen und Menschenleben und Menschenglück sich zu erhalten. *Sicher aber können wir uns keinen größeren Triumph des Militarismus und Nationalismus in Europa denken, als wenn es der faschistisch-nationalsozialistischen Konterrevolution gelänge, sich zum Herrn Westeuropas zu machen! Dann wäre unfehlbar auch das Schicksal Rußlands besiegelt!* Nur ein politischer Dilettantismus ohnegleichen kann die Zwangsläufigkeit dieser Entwicklung übersehen. Wo bleibt da die klare und maßvolle Linie eines Karl Marx, der in keinem der Kriege, über die er sich publizistisch äußerte, verfehlt hat, Partei zu ergreifen. So im nordamerikanischen Sklavenkrieg gegen die Südstaaten und in jeder Abwehr eines freien Volkes gegen die Unterdrückung durch die nachhaltigste Bekräftigung des Rechtes auf nationale Selbständigkeit! Und heute sollte es marxistisch sein, daß west- und nordeuropäische Sozialisten im allfälligen Kampf gegen den Faschismus ihre demokratischen Staaten im Stich lassen? *Schlimmer ist Karl Marx nie verballhornt worden!*

Gewiß mag ein Sozialdemokrat die Frage stellen, ob der Umstand, daß die sozialistischen Parteien der westeuropäischen Demokratien gezwungen sind, mit größtem Nachdruck sich für die Landesverteidigung einzusetzen, nicht auch Nachteile zur Folge haben könne. Ich will die Berechtigung der Frage nicht verneinen. Darum wünsche ich, daß die Partei in allem, was sie tut, wachsam, sozialistisch und lebendig bleibe und nie zum Sklaven des Gestern sich machen lasse. Mit Recht hat die Elite der Sozialisten aller Länder in den Weltkriegsjahren die Politik des Sozialpatriotismus und Sozialimperialismus, die Unterordnung der Politik der sozialistischen Parteien unter die Ziele und Bestrebungen eines ländergierigen Imperialismus, verabscheut. Aber laufen wir heute im mindesten Gefahr, auf derartige Abwege zu geraten? Ich fürchte sie nicht, denn ich traue den sozialistischen Arbeitern genügend Intelligenz zu, um die Tragweite des europäischen Abwehrkampfes gegen faschistische Eroberungsabsichten und die Bedeutung der schweizerischen Neutralität einzusehen. Den sozialistischen Parteien des westlichen und nördlichen Europa aber traue ich die Kraft zu, den Faschismus abzuwehren, ihre Demokratien unversehrt zu erhalten und damit eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Verwirklichung des Sozialismus zu schaffen.